Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 107 (2010)
Heft: 4

Artikel: "Die soziale Sicherheit ist für eine Gesellschaft Match entscheidend"
Autor: Waser, Martin / Meier, Karin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839589

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die soziale Sicherheit ist für eine Gesellschaft Match entscheidend»

Frühförderung soll die Chancengleichheit junger Menschen erhöhen, sagt Martin Waser, der neue Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und Vorsteher des Sozialdepartements der Stadt Zürich. Denn für einen erfolgreichen Start ins Schulleben brauche es gut entwickelte Grundkompetenzen.

Welches sind Ihre Hauptanliegen als Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik?

Für uns stehen drei Forderungen im Zentrum: Erstens wünschen wir eine bessere Koordination der drei staatlichen Ebenen im Bereich der Sozialversicherungen und -werke. Zweitens möchten wir, dass die sozialen Fragen viel breiter angegangen werden, unter Einbezug von Bildung, Gesundheit oder Stadtentwicklung. Drittens soll die soziale Integration neben der beruflichen als gleichwertig betrachtet werden.

Welche dieser Anliegen liegen Ihnen persönlich besonders am Herzen?

Alle! Als Sozialpolitiker kann ich keinen integrativen Ansatz fordern und gleichzeitig sagen, dass mir einige Punkte nicht wichtig sind. Im Gegenteil: Das Ganze muss im Zentrum stehen. Meine Grundhaltung ist es, die Gesellschaft systemisch wahrzunehmen. Und in diesem System müssen wir den Menschen ins Zentrum stellen, um ihm Sicherheit zu geben.

Was haben Sie schon erreicht?

Es ist uns zum Beispiel bei der Revision der Arbeitslosenversicherung gelungen, unsere Stimme wie auch unsere Interessen in den politischen Prozess einzubringen. Auch bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen bin ich auf eine gute Resonanz gestossen.

Am Ende der obligatorischen Schulzeit sind die Weichen fürs spätere Leben oft schon gestellt. Welches Rezept haben Sie, damit Kinder und Jugendliche nicht die Armut ihrer Eltern übernehmen?

Das Phänomen der vererbten Armut kennen wir in der Schweiz nicht so ausgeprägt wie in unseren Nachbarländern Deutschland, Italien und Frankreich. Dies sollten wir als Chance wahrnehmen und mit entsprechenden Massnahmen dafür sorgen, dass es auch so bleibt.

Zum Beispiel?

Wichtig ist diesbezüglich die Frühforderung. Sie ist in Zürich einer der Legislaturschwerpunkte des Stadtrats: Frühförderung bietet eine bildungsorientierte Unterstützung schon vor dem Schuleintritt der Kinder, damit möglichst alle ohne Handicap in den Kindergarten und die Schule starten können. Denn Grundkompetenzen, die bis zu diesem Zeitpunkt zu wenig entwickelt worden sind, lassen sich danach nicht mehr so einfach aufbauen. Zusammen mit dem Schuldepartement und dem Gesundheitsdepartement haben wir verschiedene Pilotprojekte initiiert, um herauszufinden, welche Massnahmen dazu dienen, den Kindern ein optimales Umfeld zu bieten. Auch hier ist es ganz wichtig, dass wir mehrdimensional vorgehen.

Wie sinnvoll sind Ergänzungsleistungen für Familien ohne Existenz sicherndes Einkommen, wie sie die Strategie der Städteinitiative Sozialpolitik fordert?

Kinder stellen für Eltern mit niedrigen Einkommen per se ein Armutsrisiko dar. Mit Ergänzungsleistungen könnte man Familien mit geringerem bürokratischem Aufwand unterstützen. Ich bin der Ansicht, dass wir sorgenfrei Kinder haben können sollten, wenn wir möchten.

Welche Massnahmen zur Integration in Regelstrukturen wie Schule, Berufsbildung oder Arbeitsmarkt schweben Ihnen vor?

Nicht alle, die aus einkommensschwachen Familien kommen, brauchen Integrationsmassnahmen. Vielmehr bewältigen sie ihr Leben und ihre Ausbildung absolut selbstständig. Wir unterstützen deshalb gezielt diejenigen, die auf weniger Ressourcen in ihrem Familienumfeld zurückgreifen können.

Wie sieht diese Hilfeleistung aus?

MARTIN WASER

Martin Waser (SP) ist seit 2002 Stadtrat von Zürich. Nach sechs Jahren als Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements übernahm der heute 56-Jährige im August 2008 das Sozialdepartement. Seit Juli dieses Jahres ist Waser Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik. Der ausgebildete Reallehrer wohnt mit seiner Frau in Zürich und ist Vater zweier erwachsener Söhne.

Weitere Infos zur Städteinitiative Sozialpolitik: www.staedteinitiative.ch

«Ich nehme die Gesellschaft systemisch wahr. In diesem System muss der Mensch im Zentrum stehen»: Martin Waser. Bilder: Christine Bärlocher

Das ist eine sehr abstrakte Frage, die man so nicht beantworten kann. Sozialhilfe ist keine flächendeckende Unterstützung von irgendwelchen Schichten, sondern eine einzelfallbezogene Unterstützungsmassnahme. Dies kann etwa in Form von persönlicher Hilfe, materieller Unterstützung oder Erziehungsberatung erfolgen. Ein wichtiges Angebot sind hier etwa Motivationssemester für Jugendliche nach dem Ende der Schulzeit oder einem Lehrabbruch.

Ihre Devise gegen Desintegration lautet Früherkennung. Dazu fordern Sie in Ihrer Strategie die Einrichtung von Frühwarnsystemen und eine mobilere Sozialarbeit. Was heisst das?

Die Strategie hat der Städteinitiative Sozialpolitik geholfen, von der Fixierung auf die Sozialhilfe wegzukommen und sich breiter mit Sozialpolitik zu befassen. Sie ist aber vor meiner Zeit entstanden. Bei der Früherkennung im sozialen Bereich bin ich skeptisch, denn sie hat zwei Seiten: Man unterstützt jemanden nicht nur, sondern stempelt ihn auch ab. Sagt man jemandem wiederholt, er gehöre zu einer Risikogruppe, tritt das mit der Zeit wirklich ein. Ausserdem trägt die Früherkennung der Dynamik der menschlichen Entwicklung zu wenig Rechnung. Ein junger Mensch kann mit 14 ganz schwierig sein und mit 16 hat er diese Phase plötzlich wieder überwunden.

Wie sieht ein geglückter Sozialraum aus?

Ein guter städtischer Sozialraum ist für mich ein lebendiges Stadtquartier mit Menschen aus verschiedenen Schichten und Generationen, in dem man gerne wohnt, sich gegenseitig kennt und auch einmal unterstützt, zusammen Quartieranlässe durchführt und sich für gemeinsame Anliegen einsetzt. In der Stadt Zürich haben wir zum Beispiel eine Quartierkoordination, welche die Bevölkerung vernetzt, die Menschen stärkt und schaut, wo die Stadt Hilfe leisten muss. Der Sozialraum ist der Humus, auf dem unsere Zivilgesellschaft fusst.

Die Sozialhilfe fokussiert auf Personen mit guten Erfolgschancen für eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Weshalb?

Es gibt Menschen, die vermindert leistungsfähig und auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Wir sollten unsere Energie bezüglich Integration in den ersten Arbeitsmarkt deshalb vor allem auf die Förderung derjenigen richten, deren Chancen intakt sind. Den anderen >

«Der Sozialraum ist der Humus, auf dem unsere Zivilgesellschaft fusst.»

> Menschen müssen wir aber eine Perspektive geben, etwa durch gemeinnützige Arbeit, damit auch sie Wertschätzung erfahren. Zudem ist es wichtig, dass diese Menschen in der Gesellschaft integriert sind und in der Freizeit am Kultur- und Vereinsleben teilnehmen können. Andernfalls vereinsamen sie und werden krank. Die Wiederintegration in den Arbeitsmarkt und die soziale Integration in die Gesellschaft betrachte ich als gleichwertig.

Aufgrund der demografischen Verhältnisse rücken weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt nach, damit werden die Betriebe «älter». Werden ältere Arbeitnehmer damit gefragter?

Es wird fast nirgends so viel gelogen wie bei der Wertschätzung älterer Arbeitnehmer. Es heisst immer, man suche Leute mit Erfahrung – werden diese frei und suchen Arbeit, sollten sie 25 Jahre alt sein und 30 Jahre Erfahrung mitbringen. Im Übrigen stimmt dieser Trend zwar für Europa, für die Schweiz allerdings nur bedingt und für unsere Städte, die wachsen und prosperieren, gar nicht: Hier erleben wir eine Verjüngung der Bevölkerung, der Alterszenit ist schon überschritten. Gerade in Zürich ist der Geburtenüberschuss massiv.

Was wollen Sie gegen die steigende Anzahl der Working Poor unternehmen?

Wir müssen die Zahl der Working Poor und von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen im Auge behalten und darauf achten, dass nicht etwa via Gesetz eine falsche Weichenstellung erfolgt. In Deutschland beispielsweise hat die Arbeitsmarktreform zu einer starken Zunahme der so genannten Leiharbeit geführt, mit der Gesamtarbeitsverträge massiv unterschritten werden. Die Leidtragenden sind immer die schlecht Qualifizierten, die als Folge beim Staat anstehen. Die gleichen Kreise, welche die Löhne drücken, fluchen über die Staatskosten. Dabei verursachen sie diese mit ihren Massnahmen mit.

Welches Armutsrisiko birgt die Pflegebedürftigkeit von älteren Menschen?

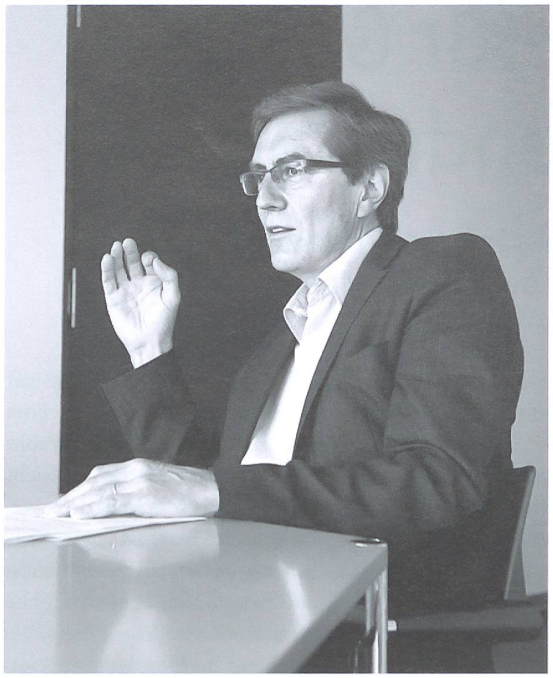
In den Städten ist das kein Thema, denn hier funktioniert der Sozialstaat. Dank Zusatzleistungen bedeutet alt heute nicht mehr arm. Das sage ich aus Überzeugung. Zudem tritt bald in der ganzen Schweiz die neue Pflegefinanzierung in Kraft. Für ältere Menschen brauchen wir keine Lobbys aufzubauen. Diejenigen, welche die politische Agenda setzen, sind 50 Jahre oder älter, und ihre Zahl nimmt zu. Wir müssen im Gegenteil eher aufpassen, dass der Verteilkampf um die finanziellen Ressourcen nicht zulasten anderer Gruppen geht.

Wer kommt denn zu kurz?

Die Hälfte der Gesundheitskosten einer Person fällt in ihrem letzten Lebensjahr an. Die gleiche Summe wird pro Kopf für die Bildung ausgegeben, vom Kindergarten bis zur Universität. Das zeigt, wie eine Gesellschaft ihre Ressourcen organisiert.

Können wir uns angesichts der steigenden Kosten im Gesundheitswesen teure Behandlungen in Zukunft überhaupt noch leisten?

Das können wir. Für die Finanzierung dieser Kosten wird allerdings eine Umverteilung von den Reichen zu den Ärmeren notwendig sein. Die Frage ist, ob wir politisch zu diesem Schritt bereit sind. Ich würde dies begrüssen: Die Reichen sind ja nicht nur deshalb reich, weil sie besonders viel leisten, und dürfen deshalb auch in die Pflicht genommen werden.



Was haben Sie getan, um die Diskussion in der Sozialhilfepolitik wieder zu versachlichen?

Im Moment ist die Diskussion sehr sachlich. Auch in der politischen Diskussion werde ich wenig mit Vorurteilen und Unterstellungen konfrontiert. Ich hoffe, dass dies andauert, denn ich finde es wichtig, dass die Diskussion unaufgeregt verläuft. Die soziale Sicherheit ist für eine Gesellschaft Match entscheidend. Deshalb muss sie gut funktionieren.

Können Sie die Reorganisation der Zürcher Sozialhilfe skizzieren?

Nach einer heftigen politischen Auseinandersetzung und dem Volksentscheid im November 2009 haben wir Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung in der Sozialhilfe neu und stringent zugeteilt. Die Sozialbehörde musste Kompetenzen abgeben, die Sozialarbeitenden, welche die Leute betreuen, haben mehr erhalten. Das neue System ist besser steuerbar, widerspruchsfrei und führt zu weniger Reibungsverlusten. Seit Juni 2010 wird die Reorganisation nun umgesetzt. Vorher wurde das neue System in einem Pilotprojekt in einem unserer fünf Sozialzentren getestet.

Wenn Sie als Präsident einen Wunsch frei hätten: Welcher wäre das?

Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass Städte in sozialpolitischen Fragen mehr wahrgenommen und wir als Partner ernst genommen werden. Bund und Kantone können unsere Kompetenzen noch mehr als jetzt abholen. Städte stehen am Puls der sozialen Veränderungen. Wir können deshalb viel zur Lösung von sozialpolitischen Fragestellungen beitragen. ■

Das Gespräch führte
Karin Meier

NACHRICHTEN

BETTINA MELCHIOR IST NEUE BIFO-PRÄSIDENTIN

Die Kommission Bildung und Forschung (BiFo) der SKOS hat eine neue Präsidentin: Bettina Melchior, Stellenleiterin des Regionalen Sozialdienstes in Chur, wurde im November von der SKOS-Geschäftsleitung gewählt. Bettina Melchior folgt auf Doris Hösli, die das Sozialamt in Horgen leitet. Sie hatte die BiFo seit ihrer Gründung 2001 präsidiert. Die BiFo verfolgt die Bildungs- und Forschungspolitik im Sozialwesen und formuliert Themenbereiche, die ein aktives Handeln der SKOS erfordern. Sie bemüht sich zudem um den Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis.

WENIGER WORKING POOR IN DER SCHWEIZ

Die Working-Poor-Quote ist zwischen 2007 und 2008 um ein Prozent gesunken. Dies teilt das Bundesamt für Statistik (BFS) mit. Lag die Quote 2007 bei 4,8 Prozent, so betrug sie 2008 noch 3,8 Prozent, was rund 118 000 Personen entspricht. Das BFS führt diese Entwicklung auf das Wirtschaftswachstum und die starke Abnahme der Arbeitslosenzahlen in den Jahren 2006 bis 2008 zurück. Die provisorischen Ergebnisse basieren auf einer verbesserten Datengrundlage. Aus diesem Grund seien die aktualisierten Quoten nicht mit jenen aus früheren Jahren vergleichbar, teilt das BFS mit.

GLEICHSTELLUNGSBÜRO HAT NEUE DIREKTORIN

Der Bundesrat hat Sylvie Durrer zur neuen Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) gewählt. Sylvie Durrer leitet derzeit das Gleichstellungsbüro des Kantons Waadt und nimmt ihre Arbeit beim Bund Anfang März 2011 auf. Sie tritt die Nachfolge von Patricia Schulz an, die das EBG seit 1994 leitete und nun in den UNO-Ausschuss gegen die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau gewählt wurde. Damit ist die Schweiz zum ersten Mal mit einem Sitz in diesem Organ vertreten.